



RFW-Bundesobmann Amann:
RFW-Initiativen umgesetzt Seite 3



Draxl: Mittelstand
enlasten Seite 5

Wirtschaft aktiv

RING FREIHEITLICHER WIRTSCHAFTSTREIBENDER

Nr. 2a/2008



RFW-Landesobmann
Winfried Vescoli
Wahltag ist Zahltag

WK-Vizepräsident Matthias Krenn: Lohnverhandlungen sind Sache der Sozialpartner

Zurufe von Minister Buchinger entbehrlich

Strikt gegen die unqualifizierten Zurufe aus dem Sozialministerium, die Löhne im Herbst um bis zu 5,5 Prozent anzuheben, spricht sich WKÖ-Vizepräsident RFW-Bundesobmannstv. Matthias Krenn aus.

Krenn dazu: „In den Zurufen des Sozialministers zeichnet sich die Verlogenheit der Politik ab – nämlich den Unternehmern das Geld mit unqualifizierten und überhöhten Forderungen aus der Tasche zu ziehen, welches nie beim Arbeitnehmer ankommt, da der Staat fleißig mitkassiert.“

Schon genug, dass ein Teil der jährlichen Lohnerhöhungen für die Inflation aufgeht. Dass sich dabei aber auch der Finanzminister regelmäßig über die kalte Progression

die Steuertaschen voll. Und beim Arbeitnehmer kommt niemals das in der Geldbörse an, was der Arbeitgeber an Mehrzahlungen leisten muss.

Warum setzt sich niemand ernsthaft für die Tarifierung ein? Seit 1989 sind die kalten Progressionsstufen festgezurr und machen den Finanzminister und weitere Institutionen dieser Republik zu kräftigen Mitverdienern an den jährlichen Lohnrunden. Darin liegt auch die unglaubliche Verlogenheit, mit der wir es zu tun haben und die kräftig dazu beiträgt, dass die Kaufkraft schwindet. Nur die Betriebe sollen regelmäßig die Zechen für alle zahlen.

Minister Buchinger sollte sich daher vordringlich um diese Dinge kümmern, anstatt sich noch ein letztes Mal vor den Neuwahlen und seinem wahrscheinlichen Ausscheiden aus der Regierung mit unnötigen Zwischenrufen in den Medien präsentieren: „Herr Buchinger, lernen Sie aus den Fehlern des letzten Jahres und akzeptieren Sie endlich, dass weder Sie noch der Gesetzgeber die Löhne festsetzen, sondern ausschließlich und alleine die Sozialpartner die Kollektivverträge aushandeln und dies bisher immer mit dem nötigen Augenmaß getan haben.“

Eine Forderung von 5,5% plus schürt nicht nur unnötige Erwartungshaltungen, sondern lässt auch die Arbeitslosenrate rapide ansteigen. Vizepräsident Krenn und der gesamte RFW wollen nicht nur eine maßvolle Lohnrunde, sondern fordern vor allem die Gewerkschaft auf, einer Gewinnbeteiligung als



Matthias Krenn: „In den Zurufen des Sozialministers zeichnet sich die Verlogenheit der Politik ab – nämlich den Unternehmern das Geld mit unqualifizierten und überhöhten Forderungen aus der Tasche zu ziehen, welches nie beim Arbeitnehmer ankommt, da der Staat fleißig mitkassiert.“

variable Lohngestaltungsmöglichkeit endlich zuzustimmen: „Die Arbeitnehmerseite muss endlich von ihren starren Vorstellungen abweichen und sich auf die aktuelle Lage am Wirtschaftsmarkt besinnen. Eine gemäßigte Herbstlohnrunde und innovative Neuerungen im Lohnbereich sichern wichtige Arbeitsplätze und stärken die Kaufkraft“, so Krenn abschließend.



Lohnverhandlungen: Eine Einigung auf vernünftiger Basis ist anzustreben.

sion auf dem Rücken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusätzlich Geld holt, ist entschieden abzulehnen. Denn über den Weg der kalten Progression stopft sich der Staat

RFW-Initiativen

wurden vom Wirtschaftsparlament umgesetzt!

Das Wirtschaftsparlament bekennt sich dank RFW zur Stärkung der Kaufkraft und zur Entlastung des Mittelstandes. Somit bleibt der RFW weiter die treibende Kraft und der Initiativmotor, wenn es darum geht, die Interessen des Mittelstandes im Wirtschaftsparlament umzusetzen.

Bundesobmann Amann dazu: „Egal, ob Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, der Bestandsvertragsgebühr, der Werbeabgabe oder der Gesellschaftsteuer, alle diese Forderungen des RFW wurden in einen gemeinsamen Antrag zur steuerlichen Entlastung des Mittelstandes eingearbeitet. Weiters konnten der Wirtschaftsbund und der rote Wirtschaftsverband von der Sinnhaftigkeit der Förderung von schadstoffarmen LKWs, der LKW-Maut nach dem umweltrelevanten Verursacherprinzip sowie der Rücknahme der Erhöhung der Mineralölsteuer überzeugt werden. Auch eine Änderung bei der Barbewegungsverordnung, die Ausweitung des Vorsteuerabzuges auf alle betrieblich ge-

nutzten Fahrzeuge und der Kampf gegen die kalte Progression sind auf die Initiative des RFW zurückzuführen. Damit konnte man dem Ziel, nämlich der Entlastung des Mittelstandes, sowie der Stärkung der Kaufkraft, einen wichtigen Schritt näher kommen.“

Ein weiterer Erfolg für den RFW ist das gemeinsame Bekenntnis zur Krankenstandskontrolle, um diesen Missbrauch durch Arbeitnehmer und Ärzte, der der Wirtschaft und dem System jährlich Milliarden an Geldern kostet, einzudämmen. Die größte Sensation war aber für den Bundesobmann, dass der schwarze Wirtschaftsverband sowie der rote Wirtschaftsverband ihre Zustimmung zum Antrag des RFW gegen die Einführung der Vermögenszuwachssteuer gegeben haben und damit als Vorfeldorganisationen die Parteilinie ihrer Mutterparteien verlassen haben. Das gibt Mut und zeigt, dass die Wirtschaft sich in der Sachpolitik, wenn es darum geht, vitale Interessen der Unternehmerschaft zu vertreten,



RFW - Bundesobmann Fritz Amann: „Ob Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, der Bestandsvertragsgebühr, der Werbeabgabe oder der Gesellschaftsteuer, all diese Forderungen und noch einige mehr des RFW wurden in einen gemeinsamen Antrag eingearbeitet.“

nicht auseinanderdividieren lässt. Auffällig dabei ist aber, dass immer vom RFW die Initialzündung für die wichtigen Themen der Wirtschaft ausgeht.

Senkung ist höchste Zeit und hoffentlich nicht nur ein Wahlgag!

BO Amann begrüßt Novellierung der KFZ-Steuer für LKWs!

Mit der Angleichung der KFZ-Steuer auf europäisches Niveau wird eine langjährige Forderung des RFW umgesetzt, so RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann.

Amann: „Bisher hat der schwarze Finanzminister unserer Transportwirtschaft durch seine unverschämte Abzocke fast die Luft zum Atmen genommen, denn die Kfz-Steuer auf LKWs in Österreich gehört zu den höchsten in ganz Europa. Die vorgegebenen Mindeststeuersätze, die von vielen Mitgliedsländern im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der wichtigen Transportwirtschaft angewendet

werden, sind um bis zu 75 Prozent unter dem österreichischen Niveau, was oft dazu geführt hat, dass immer weniger heimische Transportunternehmen wettbewerbsfähig sein konnten und gezwungenermaßen Standorte in den günstigeren Nachbarländern gründen mussten.“ Bei den bisherigen Entlastungsversprechungen der „Parteihäuptlinge“ nahmen es diese mit der Wahrheit nicht so genau. Ein „Schelm“, wer auch diesmal glaube, die betroffene Transportwirtschaft solle vor dem bevorstehenden Wahlgang nur beruhigt werden, mahnt Amann und

fordert das Versprechen auch ein. Molterer habe sich bisher stets als Ankündigungsriese und Umsetzungszwerg erwiesen, wenn es um die berechtigten Belange der Wirtschaft gegangen sei.

Eine einheitliche Kfz-Steuer auf LKWs von 2 Euro pro Tonne und Monat sei wirtschaftlich vertretbar. Diese Entlastung sei ein erster Schritt, dem weitere in Richtung Halbierung der derzeitigen Steuer sowie eine Ökologisierung des Mautsystems folgen müssten, so RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann.

Nationalratswahl 28. September 2008

Vescoli: WAHLTAG ist ZAHLTAG

RFW TIROL will die KMUs und die Familienbetriebe zukünftig entlastet wissen



Der RFW Tirol fordert von allen Regierungsparteien das Versprechen ein, sich verstärkt um die Klein- und Mittelbetriebe zu kümmern. Steuerliche und bürokratische Belastungen sind auf ein vertretbares Minimum zu reduzieren. Nicht nur Großkonzerne mit ihren Auslands-töchtern sollen zu den Gewinnern zählen – NEIN, die Familienbetriebe müssen die Gewinner sein, denn diese sind immer noch die Garanten der heimischen Identität,“ sieht RFW-

Tirol Obmann KommR Winfried Vescoli. Die Reformansätze der zur Wahl anstehenden Parteien zeigen immer noch nicht in die richtige Richtung.

„Gerade das bis ins kleinste Detail ausgetüftelte Wirtschaftsprogramm des RFW müsste vollinhaltlich in das kommende Regierungsprogramm übernommen werden!“ so der Kommentar von Landesobmann Winfried Vescoli.

RFW-Landesobmann Vescoli: „Runter mit den Steuern und runter mit den bürokratischen Belastungen für die Klein- und Mittelbetriebe. Das RFW-Wirtschaftsimpulsprogramm zeigt, wie es geht.“

Gratisparken in Innsbrucks Innenstadtgaragen vor dem AUS ?

Statt täglich 1 Stunde Gratisparken droht das AUS für Freitag und Samstag!

Eine unendliche Geschichte ist die vom RFW-Tirol Obmann KommR Winfried Vescoli seit Jahren geforderte tägliche Gratisparkstunde in Innsbrucks Tiefgaragen!

Weder das Stadtmarketing noch die Stadt Innsbruck sind in der Lage, mit diesem Kundenbindungsinstrument für die Innsbrucker Innenstadt verstärkte Impulse zu setzen!

Im Gegenteil - nun droht mit Oktober das komplette Aus! Auch für die bisherige Gratisparkstunde am Freitag und Samstag.

Nur die Markthalle Innsbruck wird

nach wie vor ihren Kunden für jeden Einkauf ab 15.- Euro eine Gratisparkstunde finanzieren. Die Kosten dafür teilen sich die Betreiber-gesellschaft und die Markthallenkaufleute. Auch der Sillpark bietet seinen Kunden 1,5 Stunden Gratisparken.

In dieser Sache hat sich jetzt erstmals auch der Innsbrucker Wirtschafts-bund zu Wort gemeldet und die weitere Erhaltung der Gratisparkstunde gefordert. Gerade die Innsbrucker Innenstadtkaufleute fürchten Um-satzeinbussen durch dieses “Kunden-vertreibungsverhalten”, zumal die Kaufleute genügend Zwangsmittel “Tourismusabgabe” zu zahlen haben. Die Großeinkaufszentren auf den

ehemaligen grünen Wiesen rund um Innsbruck - das DEZ und das CITA - reiben sich natürlich genüsslich die Hände! KommR Winfried Vescoli, Tiroler RFW Obmann, fordert vehement einen Schulterschuß von RFW, dem Wirtschafts-bund, dem SWV und der Grünen Wirtschaft (die kaum bei Sitzungen vertreten ist): “Wir müssen für die Innsbrucker Innenstadtkaufleute gemeinsam Druck machen, sonst sind die Großeinkaufszentren der Tod für die Innenstadtwirtschaft. Die Innenstadt darf nicht zur Büro-stadt degradiert werden. Urbanes Leben wie in italienischen Städten wollen Touristen zu gleichen Teilen wie die Tiroler”, so Vescoli abschließend.

Guter Einstand der neuen Tiroler Landesregierung

Positiv sieht Winfried Vescoli die neu aufgestellte Tiroler Landesregierung, Vescoli hofft auf weitere Initiativen für die heimischen Familien – und Mittelstandsbetriebe, denn diese sind das Herz der Wirtschaft.

„Das beschlossene Kinderbetreuungs-geld ist eine super Sache. Weiters müssen auch Familienentlastungen

für berufstätige Mütter bzw. Unternehmerinnen folgen und ein Kultur- und Sportpaket, welches Kindern, Schülern und Jugendlichen kostenlosen Zutritt bzw. stark verbilligten Eintritt in Museen und und Kulturevents, sowie bei der Benützung von Bergbahnen und Skiliften ermöglicht.“

„Sport und Kultur muss bereits im Kindesalter gefördert werden. Gerade den vermehrten Haltungsschäden und drohendem Übergewicht bei Jugendlichen kann bereits in der Schule durch Aufklärung und vermehrten Sportunterricht entgegengewirkt werden,“ sieht Vescoli die neue Tiroler Landesregierung gefordert.

RFW - Tourismussprecher Stefan Draxl

Neuwahlen –

Wo bleibt die Entlastung für den Mittelstand?



Auch wenn die Vorschläge der wahlwerbenden Parteien überlegenswerte Maßnahmen zur Entlastung der Lebenshaltungskosten und Sozialbelastungen beinhalten, vermissen wir in den laufenden Diskussionen die längst fällige Steuerentlastung für die Wirtschaft, besonders für mittelständische Unternehmen. Es ist nun endgültig an der Zeit, den Faktor „Arbeit“ zu entlasten. In der laufenden Diskussion der Steuerregulierung ist im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit auch eine Harmonisierung auf europäischer Ebene anzustreben. Es ist anzunehmen, dass die Steuerentlastungen durch eine Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % bei Lebensmitteln, nicht weitergegeben werden können, da

beispielsweise die erhöhten Energiekosten Preissenkungen ohnehin nicht zulassen werden. Maßnahmen zur Entlastung der Lebenshaltungskosten könnten aber durch sofortige Senkung der Lohnnebenkosten spürbar verankert werden. Dies würde einem Unternehmer mehr Gestaltungsmöglichkeiten bieten, um Produkte auch im Lebensmittelhandel billiger zu machen. Weniger Lohnabzüge würden den Konsumenten mehr Geld in der Tasche lassen.

Außerdem müssen steuerliche Maßnahmen längerfristig betrachtet werden. Ich habe den Eindruck, dass unsere Politiker die Sorgen der Unternehmer nicht ausreichend

wahrnehmen. Klar ist, dass wir zu wenige qualifizierte Mitarbeiter und Facharbeiter haben, um unsere täglichen Geschäfte wahrzunehmen. Wir brauchen mehr Mitarbeiter zu niedrigeren Lohn- und Lohnnebenkosten! Wir Unternehmer sind bestrebt, mehr Mitarbeiter zu besseren Konditionen mit mehr Gehalt auszustatten, wenn es eine ausgewogene, europäisch harmonisierte, bezahlbare Lohn- und Steuerpolitik auch ermöglicht!

Unterstützen Sie den RFW in seinen unermüdlichen Forderungen nach einer längst fälligen, weiterreichenden Lohnnebenkostensenkung im Sinne aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Kommentar von Hermann Knabl:

Das Auswandern der Betriebe

Warum wandern immer mehr Betriebe nach Tschechien, Ungarn, Rumänien usw. aus? Wie sicherlich schon länger bekannt ist, wandern Unternehmer aus Tirol, sowie auch aus den restlichen Bundesländern mit den Betrieben aus. Dazu gehören in vielen Fällen speziell Transportunternehmer, Frächter, Speditionen, Schlosser- und Tischlereibetriebe usw. In vielen Fällen werden Unternehmer mit fast nicht mehr bezahlbaren Steuern, zusätzlichen gesetzlichen Auflagen und Vorschriften belastet werden. Es ist es für einen Gewerbeunternehmer fast unmöglich, diese Flut von Bestimmungen bzw. Vorschriften überhaupt umzusetzen.

Es muss daher nochmals an die zuständigen Politiker appelliert werden, dass es um sehr viele Arbeitsplätze in Österreich geht.

Zum Beispiel wandern sehr viele heimische Transportunternehmen nach Rumänien aus und melden dort Betriebe sowie Standorte an. Natürlich werden auch die Fahrer sowie das nötige Personal dort beschäftigt.

Dabei werden die LKW-Züge in Rumänien angemeldet und auch dort versichert. Dazu kann angemerkt werden, dass sich dort bereits österreichische Versicherungsgesellschaften angesiedelt haben und diese Fahrzeuge zu sehr niedrigen Prämien versichern.



Es fällt auf, dass sich auf unseren Autobahnen und Straßen immer mehr LKW-Züge mit Kennzeichen aus Tschechien, Ungarn, Rumänien usw. unterwegs sind, obwohl es eigentlich heimische Unternehmer sind, die aber verständlicherweise in diese Länder ausgewichen sind, um überhaupt zu überleben zu können. (Umweltbelastungen bleiben jedoch trotzdem bei uns, ohne sonstige Abgaben)!

Verantwortlich für diese Zustände sind jene, die die hohen Steuern und die Gesetzesflut beschließen.

Meldepflicht für Schenkungen

Durch das Schenkungsmeldegesetz wurde die Verpflichtung zur Anzeige von Schenkungen und Zweckzuwendungen eingeführt. Die Anzeige muss innerhalb einer - nicht verlängerbaren - Frist von drei Monaten beim Finanzamt (Formular "Schenk 1") eingereicht werden.

Die Anzeigepflicht gilt für Schenkungen bzw. Zweckzuwendungen von Bargeld, Kapitalforderungen (z.B. Anleihen), Anteile an Kapital- und Personengesellschaften, Beteiligungen als stiller Gesellschafter, beweglichem körperlichem Vermögen (z.B. Schmuck, Kraftfahrzeuge) und immateriellen Vermögensgegenständen (z.B. Rechte, Patente). Von der Meldungspflicht ausgenommen sind Schenkungen zwischen Angehörigen unter Euro 50.000.- (bzw. Nichtangehörigen unter Euro 15.000.-) sowie Schenkungen, die bereits vor dem 1.8.2008 von der Schenkungssteuer befreit waren.

Wenn der Wert des übertragenen Vermögens offensichtlich ist (z.B. Bargeld), muss dieser Betrag in der Anzeige

angegeben werden. Wenn der Wert nicht offensichtlich ist (z.B. bei gebrauchtem Sachvermögen, Gesellschaftsanteilen usw.) kann er geschätzt werden. Die Erstellung eines Schätzungsgutachtens ist allerdings nicht erforderlich.

Wenn die Anzeige trotz Meldepflicht unterbleibt, kommt es zu einer Umkehr der Beweislast - d.h. dass der Abgabepflichtige den Nachweis erbringen muss, dass die Schenkung tatsächlich erfolgt ist. Falls die Schenkung vorsätzlich nicht angezeigt wurde, kann weiters eine Geldstrafe in Höhe von bis zu 10 Prozent des Wertes des geschenkten Vermögens verhängt werden (Quelle: VN)

Lehrlingsförderung neu

Die alte Ausbildungsprämie in Höhe von 1.000 Euro (je Lehrling und Lehrjahr) gilt nur mehr für jene Lehrverhältnisse, die bis zum 27. Juni 2008 begründet wurden.

Für alle später begonnenen Lehrverhältnisse gilt:

Basisförderung:

3 KV-Lehrlingsentschädigungen im 1. Lehrjahr, 2 im zweiten und eine im dritten Lehrjahr.

Voraussetzung: Lehrverhältnis muß das ganze Jahr aufrecht sein - Antrag (Formular) ist an die Lehrlingsstelle der Wirtschaftskammer des jeweiligen Bundeslandes zu richten (Frist bis 3 Monate nach Ende des betreffenden Lehrjahres).

Blum-Bonus II:

Gefördert wird der Wiedereinstieg in die Lehrlingsausbildung (Unterneh-

men hat seit 3 Jahren keine Lehrlinge mehr ausgebildet) oder überhaupt der Neueinstieg als Lehrbetrieb. Förderhöhe einheitlich 2.000,- Euro pro Lehrverhältnis. Erkundigen Sie sich bitte nach den genauen Richtlinien bei ihrer Wirtschaftskammer.

Lehrabschlussprüfung:

Bei gutem Erfolg 200,- Euro, bei Auszeichnung 250,- Euro (Prüfung nach dem 27.6.2008!)

Förderantrag ist durch den Lehrberechtigten einzubringen.

Ausbildungsmaßnahmen:

Verschiedene Kurse und Ausbildungen (z.B. Vorbereitungskurs auf Lehrabschlussprüfung) werden gefördert. Kontaktieren Sie bitte ihre Lehrlingsstelle. Auch die Weiterbildung von Lehrlingsausbildnern kann gefördert werden.

Lernprobleme:

Bei Wiederholung einer Berufsschulklasse können für die Zeit des zusätzlichen Berufsschulunterrichts die Lehrlingsentschädigung und allfällige Internatskosten ersetzt werden. Ähnliches gilt bei Kurskosten für die Vorbereitung auf Nachprüfungen bzw. für Nachhilfekurse. Bitte fordern Sie auch hier die genauen Richtlinien an!

Ansprechpartner:

Ihr Ansprechpartner für alle Fragen im Zusammenhang mit der Lehrlingsförderung ist die Lehrlingsstelle der jeweiligen Landes-Wirtschaftskammer.

Information im Internet:

www.lehre-foerdern.at.

Auf dieser Webseite gibt es neben den genauen Richtlinien auch die nötigen Formulare zum Herunterladen.

RFW-Bundesvorstand beschließt **Resolution** zur Bekämpfung der Inflation!

Steuerfreie Einmalzahlung statt Lohnerhöhung

In seiner Vorstandssitzung in Baden bei Wien hat der Bundesvorstand des Ringes freier Wirtschaftstreiber in Blickrichtung auf die kommende Herbstlohnrunde heute folgende Resolution an die Sozialpartner einstimmig beschlossen.

RESOLUTION

Die Sozialpartner werden aufgefordert, in den kommenden Lohnverhandlungen auf eine prozentuelle Erhöhung zu verzichten, da aufgrund der kalten Progression nicht der erwünschte Effekt in Richtung

Erhöhung der Kaufkraft erzielt werden kann.

Wir wollen unsere Mitarbeiter am wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen teilhaben lassen. Daher stellen wir uns eine Einmalzahlung von einem halben Monatslohn vor, der steuer- und abgabenfrei und pro Quartal aliquot zur Auszahlung kommen soll. Das entspricht einer effektiven Lohnerhöhung von 4,17 Prozent, die ohne Abzug dem Erwerbstätigen zu Gute kommen soll.

Damit kann sichergestellt werden, dass nicht Kammern und Finanzmi-

nister die Profiteure der Lohnrunden sind, sondern die Lohnempfänger. Gerade die Sozialpartner haben von der Teuerungswelle, sowie den hohen Lohnabschlüssen der letzten Jahre, überdurchschnittlich profitiert und sollten bis zur längst fälligen Steuerreform auf weitere Mehreinnahmen zugunsten ihrer Pflichtmitglieder verzichten.

Das erwartet sich der RFW als verantwortungsvolle Arbeitgebervertretung von einer Sozialpartnerschaft, die nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse seiner Pflichtmitglieder handelt.

US-Finanzkrise hat auch Österreich erwischt!

Cross Border Leasing – wird zum Millionendebakel!

Wir haben in unserer Ausgabe Wirtschaft Aktiv März/2003 auf das Risiko und die Gefahren des Cross Border Leasing hingewiesen. Nun sind die ärgsten Befürchtungen wahr geworden. Nach den ÖBB (geschätzter Verlust Euro 650 Mio.) drohen möglicherweise auch der Stadt Wien Millionenverluste aus Cross Border Leasing Aktivitäten. Diesbezügliche Scheingeschäfte im Wert von rund 2,3 Milliarden Euro wurden im Zeitraum zwischen 1998 und 2003 seitens der Stadt Wien bzw. der Wiener Linien mit US-Investoren getätigt.

Für den RFW drängt sich angesichts des Debakels bei den ÖBB die Frage auf, inwiefern die auf US-Depots geparkten Finanzmittel zum Bedienen der Leasingraten bzw. des Rückkaufs wertbeständig sind. Auch in einem Bankenwechsel aufgrund sin-

kender Bonität der Beteiligten Unternehmen wie Freddie Mac, AIG, State Street Bank sehen wir ein uneinschätzbares Risiko. Wenn die internationale Rating-Agenturen die beteiligten Institute weiter herabstufen, muss die Stadt Wien einen Bankenwechsel einleiten, der enorme Kosten verursachen und damit das Budget empfindlich belasten werde.

Für den Fall, dass eine der Depotbanken in Konkurs geht, droht ein Verlust, der den so genannten Barwertvorteil aus CBL-Transaktionen bei weitem übersteigt. Zu dieser Meinung kommt auch der Rechnungshof, der im Jahr 2004 betreffend Insolvenz von Depotbanken feststellte, dass dieses Risiko ausschließlich der inländische Vertragspartner trägt (RH-Bericht 2004, Hauptprobleme der öffentlichen Finanzkontrolle)



Das ist ein Beispiel mehr für rote Finanzpolitik, die nur in Chaos und Schulden führt und die folgenden Generationen auf Jahre belastet. Für die Zeche der verantwortungslosen Spekulationspolitik müssen wie immer die Steuerzahler aufkommen, denn die Schaden verursachenden Politiker entziehen sich jedes Mal der Verantwortung. Hätte man unsere Warnung erst genommen, hätte man der Öffentlichkeit viele Steuermilliarden ersparen können, die nun in der US Finanzkrise zu verschwinden drohen.

FPÖ Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl:

Beschäftigung steigern ist Ziel des freiheitlichen Wirtschafts- und Impulsprogramms!



Lohnnebenkostensenkung

Die Arbeitskosten werden zu einem wesentlichen Teil durch Lohnnebenkosten beeinflusst. Die Höhe der Lohnnebenkosten ist mitentscheidend für den Umfang der Schattenwirtschaft sowie für Entscheidungen betreffend Betriebsansiedelungen und damit für unseren Arbeitsmarkt. Wenn der Anstieg der Produktivität hinter dem Anstieg der Lohnnebenkosten zurückbleibt, kommt es zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert und die Betriebe zu Rationalisierungen oder im Extremfall zu Abwanderungen zwingt. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass sich die lohnabhängigen Abgaben seit etwa 8 Jahren gegen den internationalen Trend erhöhen, ist eine Lohnnebenkostensenkung unumgänglich. Sie sind schrittweise zu senken – ohne dabei Leistungen zu kürzen. Potential besteht derzeit beim AUVA-, IESG- und Arbeitslosenversicherungsbeitrag.

Erleichterung geringfügiger Beschäftigung

Die Institution der geringfügigen Beschäftigung ermöglicht es vielen leistungsbereiten Menschen, neben ihrer Hauptbeschäftigung zusätzlich produktiv tätig zu sein, ohne exorbitante Abgabenbelastungen in Kauf nehmen zu müssen.

Neben der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze von 341,16 EUR für das Jahr 2007 existiert eine zweite Verdienstgrenze von 26,20 EUR pro Tag. Unterschiedlichste geringfügige Tätigkeiten konzentrieren sich jedoch nach Art der Beschäftigung auf eine Hand voll Tage im Monat, wobei die monatliche Verdienstgrenze nicht überschritten wird, die Tagesgrenze jedoch sehr wohl. Aufgrund der Modellausgestaltung wird mit Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze der gesamte Zusatzverdienst voll sozialversicherungspflichtig, wobei es im Falle einer geringfügigen Zusatzbeschäftigung zu einer Hauptbeschäftigung und auch noch zu einer kumulativen Wirkung der Sozialversicherungspflichten kommt.

Wir fordern daher die Beseitigung dieser für leistungsbereite Bürger grob nachteiligen Bestimmungen, indem die Tagesverdienstgrenze ersatzlos gestrichen und die monatliche Geringfügigkeitsgrenze als Freibetrag ausgestaltet wird. Darüber hinaus sind praxisgerechte Modelle auszuformulieren, die Einkommen im Bereich von 500, 600 oder 700 EUR monatlich nicht mit der vollen Sozialversicherungspflicht belasten. Einschleifregelungen könnten hier zielführend sein.

Strengere Sanktionen für „Schwarzarbeitende“

Schwarzarbeitenden Arbeitslosen ist z.B. die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder sonstige staatliche Unterstützung zu kürzen; bei Wiederholungsfällen ist sie gänzlich zu streichen.

Neue Mitarbeiterbeteiligungsmo- delle - Mitarbeiterstärke schafft Wirtschaftswerte

Als eine Möglichkeit sehen wir eine steuerbegünstigte Wertschöpfungsbe- teiligung für Mitarbeiter als zusätzli- ches Lohnelement. Diese sollte in Form einer Sonderauszahlung erfol- gen und steuerbegünstigt werden. Damit könnte man die Kaufkraft der Konsumenten erhöhen, was zu zu- sätzlichem Wirtschaftswachstum führt verbunden mit neuen Arbeits- plätzen sowie einer Entlastung des Systems.

Soziale Mindeststandards für Selbständige

Bei unverschuldeter Arbeitsunfähig- keit sollte eine Absicherung ermög- licht werden, z.B. freiwillige Arbeits- losenversicherung. Weiters muss für Unternehmer die Möglichkeit ge- schaffen werden, eine 2. Pensionssä- ule aufzubauen. Das Modell der Zu- satzversicherung in der gewerblichen Wirtschaft sollte attraktiver gestaltet werden.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Das AMS hat sich entgegen der mo- mentanen Praxis ausschließlich mit der Vermittlung von österreichischen Arbeitskräften zu befassen. Soziale Schutz- und Beschäftigungsför- derungsmaßnahmen sollen gezielt den wirklich Bedürftigen zugute kommen und idealerweise auf den künftigen Bedarf am Arbeitsmarkt abstellen. Die Mittel für die Masse wenig nüt- zlicher Schulungen, die vom AMS zur statistischen Beschönigung der Ar- beitslosenquote alltäglich veranstaltet werden, sind zugunsten des Erwerbs konzentrierter, aber verwertbarer Kenntnisse in nachgefragten Berei- chen umzuverteilen.

Durch Restrukturierung soll die Dienstleistungsfunktion des AMS für den Steuerzahler wieder verstärkt un- ter Beweis gestellt und evaluiert wer- den.

NAbg. Alois Gradauer, FPÖ-Budgetsprecher:

Internationaler Vergleich zeigt: Budgetplus wäre leicht möglich gewesen

Die Steuerbelastung senken und bei den Ausgaben sparen.

"Im abgelaufenen Budgetjahr wäre mit etwas guten Willen ein Budgetüberschuß ohne weiteres erzielbar gewesen," so Alois Gradauer, Budgetexperte der FPÖ. Aufgrund der guten Konjunktur, der explodierenden Preise und Löhne hat der Staat im vergangenen Jahr 3,2 Milliarden Euro mehr eingenommen als geplant.

Obwohl gerade die ÖVP immer beteuert, daß man sparsam haushalten müsse, merkte man beim schwarzen Finanzminister keinen Sparkurs, von den 3,2 Milliarden mehr eingenommenen Steuergeldern wurden rund 80% gleich wieder ausgegeben

Sogar Deutschland hat ein ausgeglichenes Budget

Im letzten Jahr haben alle Staaten mit nachhaltiger Budgetpolitik eine schwarze Null oder ein Plus im Budget zustande gebracht. An Einwohnern mit Österreich vergleichbare Länder wie Schweden, Dänemark, Finnland haben äußerst positive Budgetjahre abgeschlossen. Sogar das durch die Wiedervereinigung in arge Budgetnöte geschlitterte Deutschland konnte erstmals seit vielen Jahren wieder ein ausgeglichenes Budget präsentieren.

Steuerzahler stöhnen

Die Steuerzahler sind auch 2008 schon wieder über Gebühr beansprucht. Im ersten Quartal des Jahres 2008 sprudeln abermals die Steuergelder über Plan an den Fiskus. Die Lohnsteuer hat ein Plus von acht Prozent, die Umsatzsteuer ist um fast vier Prozent auf neun Milliarden Euro gestiegen. Aus dem Verkauf von Treibstoffen fließen



noch einmal 1,3 Milliarden Euro Mineralölsteuer ins Budget; um ein Sechstel mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. "Kein Wunder, dass die Steuerzahler unter dieser Belastung stöhnen," so Gradauer.

Länder naschen mit

Durch den Finanzausgleich naschen die Länder an den gestiegenen Steuerzahlungen ihrer Bürger kräftig mit. Rund 20% werden den Landesfürsten mehr als im Vorjahr überwiesen. "So profitieren alle von den gestiegenen Preisen und dem Plus an Lohn- und Einkommensteuer, außer dem Steuerzahler natürlich," ärgert sich Gradauer.

Finanzminister vergibt Konsolidierungschance

2007 hat Finanzminister Molterer klar die Chance vergeben, das Budget zu konsolidieren und einen Teil

der 183 Milliarden Euro Schulden des Staates zurückzuzahlen. "Wenn man weiß, daß der Staat im Jahr rund 9 Milliarden an Zinsen berapen muß, dann wird jedem mit Hausverstand klar, daß eine Rückzahlung eine Entlastung an Zinszahlungen bringt. Leider hat die Regierung in diesem historischen Budgetjahr nichts dergleichen getan," so Gradauer.

Jetzt sofort Bürger entlasten

"Da die Einnahmen des Staates gerade durch die Teuerung weiter angestiegen sind, muß die zukünftige Regierung verstärkt den Bürger entlasten. Wir brauchen Einsparungen bei den Ausgaben und ein Zurückdrängen der Steuerbelastung für die Menschen. Die Verschwendungssucht der Regierung und der Länder muß aufhören." so Gradauer abschließend.

GESCHÄFTSKONTO zu teuer ?



Anpassungsklauseln, Habenzinsen, Sollzinsen, Überziehungsprovisionen, Bankauszugsgebühr, Löschungs- und Aussetzungskosten, Auftragsgebühren, Spesenersatz, Manipulationsgebühr, Verdichtungsgebühr, Vordrucke, Kleingeldbearbeitung, Bereitstellungsgebühr, Bearbeitungsgebühr, Kontoführung Ein Geschäftskonto kann teuer werden.

„Das Bankhaus ist berechtigt und verpflichtet, den Sollzinssatz vierteljährlich anzupassen, sofern sich das Mittel der Monatswerte aus 5-Jahres IRS und Dreimonatseuribor für den ersten Monat des vorhergehenden Quartales, gerundet auf das nächste Achtelprozent“.

So oder so ähnlich lauten z. B. die sogenannten „Anpassungsklauseln“ unserer Banken. Nur – wie man als kleiner Unternehmer solche Fachausdrücke verstehen und Berechnungen nachvollziehen soll, wird meist nicht dazugesagt.

Dabei geht es ja nicht nur um die Sollzinsen eines Kontos oder um Kreditzinsen, sondern auch um eine Vielzahl anderer Kosten und Gebühren.

Dem Ideenreichtum sind hier keine Grenzen gesetzt: Überziehungsprovisionen, Bankauszugsgebühr, Löschungs- und Aussetzungskosten, Auftragsgebühren, Spesenersatz, Manipulationsgebühr, Verdichtungsgebühr, Vordrucke, Kleingeldbearbeitung, Bereitstellungsgebühr, Bearbeitungsgebühr, Kontoführung

Dazu kommen dann noch gesetzliche Steuern bzw. Gebühren wie z.B. die Rechtsgeschäftsgebühr (Kreditgebühr), Eintragungsgebühren ins Grundbuch und ähnliches.

So können bei einem Hypothekarkredit von rund 70.000 Euro allein die Grundbuchkosten (Pfandrechtseintragung) an die 1.300 Euro betragen.

Gerade bei Krediten ist es daher besonders wichtig, einen Überblick über alle Kosten zu haben.

Alles ist verhandelbar

Bis auf feststehende (gesetzliche) Gebühren sind aber alle Nebenkosten, ebenso wie der Zinssatz eines Kredites, durchaus mit der Bank verhandelbar.

Individuelle Vereinbarungen sind üblich, sollten aber genau festgehalten werden.

Und das gilt natürlich nicht nur für die Kredite, sondern vor allem auch für die Zinssätze und Nebenkosten bei Firmen- und Privatkonten.

Vorsicht ist bei sogenannten Pauschalgebühren geboten: Bei kleineren Umsätzen oder nur verhältnismäßig wenig Geschäftsfällen bzw. Buchungen kann auch ein vermeintlich günstiges Pauschale rasch relativ teuer werden.

Manche Firmen sind in der glücklichen Lage, auf ihren Konten meist im Plus zu sein und daher Habenzinsen zu lukrieren. Auch hier zahlt sich verhandeln aus. Statt normaler 0,25 % p. a. sind da durchaus auch 3,5 % bis 5 % für täglich fälliges Geld drinnen. Also immerhin das 15 – 20fache, natürlich abhängig von der Höhe des Kontostandes.

Gerade bei den Zinsen und vor allem bei den Nebenkosten gilt daher: Auch Kleinvieh macht Mist.

Politik unter der Lupe

Die Wirtschaftskompetenz der Ministerien

Die Regierung, vor allem die ÖVP, rühmt sich mit ihrer Wirtschaftskompetenz. Wirtschaft Aktiv ist diesen Dingen einmal auf den Grund gegangen und hat die angebliche Wirtschaftskompetenz der Ministerien und angeschlossenen Unternehmen einmal unter die Lupe genommen. Wie geht man dort eigentlich mit dem Steuergeld um?

Das neue Büro im Kulturministerium - 53.000 Euro für die Inneneinrichtung

Frau Dr. Claudia Schmied (SPÖ), die Ministerin für Unterricht, Kunst und Kultur hat sich ein neues Büro eingerichtet. Dass der Steuerzahler zahlt, braucht man nicht extra zu erwähnen, wieviel es den Steuerzahler kostet, das ist erwähnenswert. Die Kosten der Möbel beliefen sich auf 39.000 Euro (ohne Mehrwertsteuer), der neue Teppich schlägt noch einmal mit 6.300 Euro (wieder ohne Mehrwertsteuer) zu Buche. Die Beleuchtung des Büros hat weitere 8.400 Euro verschlungen. Als besonderes Gustostückerl ist der neue Designersessel um 9.000 Euro im Büro zu werten.

Im Außenministerium kostet eine Übersiedlung im Schnitt 42.000 Euro!

317 Versetzungen hat es im Außenministerium gegeben, die den Steuerzahler Übersiedlungskosten in der Höhe von 13,32 Millionen Euro gekostet haben. Eine durchschnittliche Übersiedlung kostet hier also rund 42.000 Euro. Und hierbei sind nicht die Anschaffung neuer Möbel oder sonstiges gemeint, denn 10,91 Millionen Euro sind nur die Transportkosten, also rund 35.000 Euro pro Transport.

Interessant hierbei ist, daß ein einzelnes Unternehmen 90% aller Trans-

porte durchführt, meist wird keine Ausschreibung auf breiter Basis, so wie vom Rechnungshof gefordert, durchgeführt.

Bereits 2003 hat der Rechnungshof diese Vorgangsweisen kritisiert, bei seiner Revision 2007 stellt man fest, daß der Transportanteil des "Monopol-Transporteurs" sogar von 80% auf 90% gestiegen ist. Somit erhält dieses eine Unternehmen vom Bund pro Jahr 9,8 Millionen Euro für seine Transportdienste. In jenen Fällen, die der Rechnungshof überprüfte fand keine einzige Ausschreibung statt. Warum Sparen? Es zahlt ja der Steuerzahler.

ÖBB-Gagenkaiser verdienen dreimal so viel wie der Kanzler

Ein wahres Eldorado für Abkassierer sind die Österreichischen Bundesbahnen. Der Rechnungshof hat die Gagen der Vorstände unter die Lupe genommen und ist auf atemberaubende Summen gestoßen.

Die Entlohnung des Bundeskanzlers betrug im Jahre 2005 (gerundet) 268.500 Euro und im Jahr 2006 waren es 273.600 Euro. Er steigerte sein Gehalt also um rund 1%. Diese Summe kostet die Vorstände der ÖBB nur ein müdes Lächeln. Die Chefetage der Bahn (ÖBB Holding) kassierte 2006 im Schnitt mit 553.000 Euro im Jahr, beinahe doppelt so viel wie der Kanzler. Der Geschäftsführer der ÖBB Dienstleistungs GesmbH wurde immerhin noch mit 448.200 Euro entlohnt. Über 400.000 Euro Jahresgage kamen auch die ÖBB-Güterverkehrsvorstände und die Geschäftsführerin des ÖBB-Immobilienmanagements. Unterm Strich zählte der Rechnungshof 2006 bei den ÖBB-Gesellschaften 15 Spitzenmanager, die mehr als der Kanzler kassieren.



Spekulation und Unfähigkeit - 4 Milliarden vom Staat

Ob die Manager diese Gehälter auch wirklich verdienen, ist zu hinterfragen, denn: Falsche Managemententscheidungen sind an der Tagesordnung. Durch "Innovative Finanzgeschäfte" und Spekulationen stehen bei den ÖBB, die ja vom Staat mehr als 4 Milliarden im Jahr erhalten, 600 Millionen Euro auf dem Spiel. Das Österreichische Transportunternehmen ist voll in die US-Immobilienkrise getappt.

Ein 800 Millionen Euro teures ÖBB-Projekt im Iran hat ebenfalls für Schlagzeilen gesorgt, mit hohen Kosten gelang gerade noch der Absprung. In der Immobilienabteilung der ÖBB wurde kein einziges Projekt ordnungsgemäß abgewickelt. Beim Verkauf von ÖBB-Immobilien hat man Bieter von vornherein ausgeschlossen, indem man nur eine beschränkte Bietersuche vorgenommen habe. Die Poschachervilla in Linz hat man beispielsweise um den halben Preis verkauft. Bei sämtlichen Verkaufsprojekten fehlt eine nachvollziehbare Dokumentation. Ein einziger Immobiliengutachter hat freihändig 85 Prozent aller Aufträge erhalten.

Josef Bellinger steht positiv zu neuer Verordnung:

Schluß mit den täglichen Preisänderungen

Den teilweise mehrmals täglichen Preisänderungen für Treibstoffe an den Tankstellen wird nun endlich ein Riegel vorgeschoben.

Durch die neue Verordnung, dass Verbraucher insbesondere durch

len Preisumstellungen eingespart, es gibt somit auch stabile Preise, auf die sich jeder Tankkunde verlassen kann.

Warum mehrmals täglich die Preise ändern, wenn der Rohöl bzw. Ein-



Josef Bellinger, RFW-Mandatar bei den Tankstellenbetreibern, steht positiv zur neuen Verordnung, die das mehrmalige Ändern der Treibstoffpreise unterbindet.



verärgert darüber. Als Tankstellenunternehmer freue ich mich ganz besonders über die Durchsetzung dieser Verordnung.

Als weiteres wird auch die Reihenfolge der Produkte an den Preistafeln geregelt. Es muss nun einheitlich oben Diesel, darunter Benzin darunter Super usw. stehen.

Diese Vereinheitlichung hilft wirklich jedem Tankkunden. Im "Vorbeifahren" ist somit der Preis für das gewünschte Produkt viel leichter abzulesen.

häufiges Ändern der Treibstoffpreise nicht irreführt werden dürfen, wird nicht nur der Aufwand für die Tankstellenbetreiber durch die vie-

kaufspreis stabil ist? Jeder Tankkunde, der an der Zapfsäule steht und miterlebt, wie vor seinen Augen der Preis erhöht wird, ist äußerst

Der RFW-Tirol im Internet



www.rfw-tirol.at

Ulf Schmid, RFW-Mandatar im Fachverband der Transporteure

Belastungswelle für Transporteure

nimmt kein Ende!



Es nimmt einfach kein Ende, jeden Tag bekommen wir neue Botschaften, welche uns das Leben auf der Straße noch schwerer machen. Kraftstoffkosten sind in den letzten 10 Monaten so stark gestiegen wie in den letzten 10 Jahre nicht, die Maut wird jährlich

erhöht, Deutschland will die Autobahnmaut zum 1.1.2009 sogar um 40% erhöhen, dabei haben wir alle noch nicht einmal die Kosten des Treibstoffs zur Gänze weiterverrechnet. Da können wir nur hoffen, dass wir die Reduzierung der Kfz-Steuer

auf EU-Niveau noch im Herbst durchbringen. Wir haben dafür ja lange genug gekämpft. Aber die Liste der Maßnahmen gegen uns, z.B. Fahrverbote durch Tirol, nehmen kein Ende. Der Masterplan der Verbote durch Tirol wird die Wirtschaft ruinieren.



Unsere neu gewählten Politiker sollten schnellstens damit aufhören, unsere Wirtschaft, die unglaubliche Summen in die Umwelttechnik investiert, mit Verboten zu bestrafen. Wir sollten gemeinsam am runden Tisch vernünftige Lösungen suchen. Die Transportwirtschaft wird derzeit von allen Seiten gefordert. Die Preise sollten aufgrund der Teuerungswelle nicht angehoben werden.

Wenn wir dies aber nicht unverzüglich schaffen, sieht es für uns schlecht aus. Eine funktionierende Wirtschaft braucht verlässliche Transporteure, auch wenn wir vielleicht kurzfristige Überkapazitäten haben, aber es wird nicht mehr lange dauern und das Blatt wird sich wenden. Ich wünsche in diesen Sinne allen Transporteuren und Unternehmern, die auf der Straße unterwegs sind,

viel Glück. Wenn wir in dieser Zeit alle zusammenarbeiten, dann werden wir es schaffen. Ihr könnt sicher sein, dass ich mich weiterhin mit dem TRANSPORTFORUM für Euch einsetze. Wir werden weiterhin Anträge zur Entlastung oder Verbesserung unserer Situation einbringen. Ich hoffe auch von Eurer Seite, dass Ihr uns entsprechend unterstützt.



Kommentar Komm Rat Winfried Waibel

Der wahre Ausverkauf Österreichs!

Vor wenigen Jahren erfolgte ausschließlich über Betreiben der roten Reichshälfte der Verkauf der Bank Austria an die Hypovereinsbank in München. Nur Insider wussten, welches Volumen damit den Besitz ins Ausland wechselte.

Die Vorgeschichte in Kürze: Die Länderbank, traditionell rot dominiert, hatte wirtschaftliche Probleme (Stichwort: EUMIG und Klimatechnik). Nach Sanierung aus dem Bundesbudget erfolgte der Zusammenschluss mit der ebenfalls roten Wiener Zentralsparkasse. Dem nicht genug wurde zu einem Zeitpunkt, als noch die Parlamentsmehrheit, der Bundeskanzler und der Finanzminister in roter Mehrheitshand waren, die zwangsweise Übernahme der Creditanstalt (CA) mit ihrem traditionell riesigen Beteiligungspaket an Industrie- und Bankkonzernen, Hotelgruppen usw. – gesamt mehr als 300 Einzelbeteiligungen – und auch an großen Regionalbanken (BTV, Bank für Steiermark und Kärnten,

Bank für OÖ und Salzburg) beschlossen und zur Bank Austria zusammengeführt.

Obwohl wirtschaftlich keine offensichtliche Notwendigkeit gegeben war, wurde diese mittlere Großbank an die Hypovereinsbank in München weiterverkauft. Großaktionäre, wie die Stadt Wien (über die Zentralsparkasse), die Wiener Städtische und die Wüstenrot wurden mit einem Aktien-tausch abgespeist. Nach einem Jahr verlor die Stadt Wien durch Kursverluste dieser HVB-Aktien rund 24 Mrd. Schilling (vergleichbar mit den ursprünglichen Anschaffungskosten für den Eurofighter), die Wiener Städtische angeblich rund 5 Mrd. und die Wüstenrot 1 Mrd. Schilling. Von den vielen Kleinaktionären und deren Verlusten sprach gleich niemand.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Die HVB wurde samt Bank Austria an die italienische Unicredit verkauft mit angeblichen Garantien für den Standort usw. Was dies wert war,

zeigte sich in jüngster Vergangenheit. Die Verantwortung für Geschäfte mit österreichischen Firmen und Privatkunden ging nach Mailand. Die Verantwortung für das Geschäft mit Polen (hoch aktiv) wanderte nach München und Generaldirektor Randa, der frühere oberste Chef der Bank Austria, nach Kanada.

Und nun wird weiter Kasse gemacht. Immobilien der BA sollen rund 200 Mio. Euro bringen, andere – samt Hotelgruppen usw. – gar 600 Mio. Euro. Auch Industriebeteiligungen sollen zum Verkauf stehen. Und da wäre noch der Notverkauf der BAWAG an einen amerikanischen Investmentfonds (früher von roten Politikern als „Heuschrecke“ bezeichnet) sowie der Verkauf der Hypo Kärnten an die Bayrische Landesbank.

Da können verschiedene Kreise es drehen, wie sie wollen, meiner Meinung nach ist diese Entwicklung als „Ausverkauf“ zu bezeichnen. Dazu würde sich eventuell auch ein Untersuchungsausschuss anbieten.

Veröffentlichungspflicht: „Herr Wirtschaftsminister, machen Sie diesem Unsinn endlich ein Ende!“

Unternehmer wollen das Amtsblatt nicht länger mitfinanzieren!

Die kostspieligen Anzeigen zur Veröffentlichung der Bilanzen im Wiener Amtsblatt sind für die heimischen Unternehmer seit jeher eine zusätzliche und überaus unsinnige Belastung. Das Urteil des OGH, welcher die Finanzierung der Wiener Zeitung durch das Pflichtveröffentlichungsmonopol für zulässig hält, ist daher für den Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender unverständlich: Von den Regierungsvertretern, vor allem Wirtschafts-Minister Bartenstein, gibt es keinerlei Unterstützung.

Die Notwendigkeit der Veröffentlichungen und der damit einhergehenden Subventionierung der Wiener Zeitung durch die Unternehmer, wurde nämlich mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/58/EG obsolet. Mit dieser Verpflichtung, die Bilanz zum Stichtag dem Firmenbuch zu Verfügung zu stellen, sollte jeder Unternehmer über das Internet den uneingeschränkten Zugang zu diversen Bilanzen erhalten. Weshalb also zusätzlich noch kostspielige Anzeigen im Wiener Amtsblatt

schalten müssen? Eine Veröffentlichung im Firmenbuch findet ja gesetzmäßig schon statt und kann dort abgefragt werden. Dass dies für die Unternehmer noch immer nicht online möglich ist, hängt nur von der bisherigen Verhinderung durch die dort installierte Software ab. Hier ist der Bund säumig und verdonnert daher die Wirtschaftstreibenden zu einer schriftlichen Veröffentlichung im Wiener Amtsblatt. Diese unsinnige Belastung ist ein für alle Mal abzuschaffen.



Lemurenpatin

„Bemerkenswert“

Zitate

Soeben hatte eine gewisse Christine Marek beim Wiener Ball der Frisur den ersten Preis für ihre kunstvoll drapierten Haare erhalten, da begann sie Überlegungen anzustellen.

Überlegungen zur Gleichberechtigung im Haarsalon.

Frauen würden dort ja wesentlich mehr als Männer bezahlen müssen. Und diese wahrhaft himmelschreiende Ungerechtigkeit müsse durch eine Gesetzesnovelle schleunigst beseitigt werden.

Frau Marek ist nämlich nicht nur Frisurexpertin, sondern auch ÖVP-Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium und als solche emsig unterwegs.

Beispiele gefällig? Nicht weniger als sechs Seiten auf der Website des Ministeriums sind ihrer „Unterstützung der Kinder des Bundesbetriebskindergartens beim Bemalen einer Baustellenabdeckung im Regierungsgebäude“ gewidmet – 24 Farbbilder inklusive.

Daneben ist die Frau Staatssekretär auch Lemurenpatin im Schönbrunner Zoo und weist auf ihrer Internetseite unter „Projekte und Aktivitäten“ auf ihre Initiative „hohe.haus.musik“ hin, wobei es sich bei letzterer um den überparteilichen parlamentarischen Chor handelt.



Foto: JWP/Peters / Pixello

Beim Singen muß die Dame übrigens schon ein wenig Übung haben. Als Gründungsmitglied der Studentinnenverbindung Koinonia gehört sie der Vereinigung christlicher Studentinnen (VCS) an, wie z. B. auch die Elisabethina Wien. Und da wird durchaus kräftig gesungen.

So heißt es in der „Damenstrophe“ unter anderem: „Von Jahrhundert zu Jahrhundert treu zu Habsburgs Thron wir stehen.“

Das alles freut vielleicht den Pater Willi und jedenfalls den Otto. Den Normalverbraucher gleichen Namens aber mit Sicherheit nicht, meint Ihr

Agilus

„Kinder an Eiernockerl erkrankt“
Eine neue mysteriöse Krankheit – vielleicht ähnlich wie „Windpockenkerl“ hat vienna online entdeckt

„Sie haben mir das Grüne vom Ei versprochen.“

Mit den Farben nimmt es der Adelige Carl Alexander von Hohenzollern in der Sendung RTL-Explosiv nicht so genau, schließlich hat er ja auch blaues Blut statt rotes.

„..... schließlich ist Ruiz 25 Meter kleiner als sein Gegner.....“

Beim Boxkampf Valujew gegen Ruiz geht Kommentator Sigi Bergmann auf ATV die Begeisterung durch.

„Die deutschen Piloten auf den Plätzen 6, 5, 6, 6, 7, 8 und 9.“

Auch Heinz Prüller verliert etwas die Übersicht beim Formel 1 Rennen in Valencia.

„..... seine Reaktion war der Kampf gegen den Antifaschismus.“

Daniela Kittner (stellvertretende Leiterin des Ressorts Innenpolitik im Kurier) über den ehemaligen Bundeskanzler Vranitzky im Club 2 ORF. Irgendwas nicht ganz kaputt, Frau Redakteur?

„Pane Vormaggio“

Italienisch für Anfänger beim Kochrezept der Woche in der Kronen Zeitung vom 2.9.2008.

Jede Menge Ideen für Unternehmer



Es gib viel zu tun! Gesetzesflut und Steuerflut hemmen Betriebe. Kreativität, Unternehmertegeist und Motivation werden durch schlechte Rahmenbedingungen des Staates an Ihrer Entfaltung gehindert. Das Wirtschaftsleben ist voller Auflagen und Vorschriften. Auf der anderen Seite gibt es kaum Sozialleistungen für Selbständige.

Der RFW will daher: **Dinge vereinfachen** (Selbstveranlagung für Arbeitnehmer, Durchforsten der Gesetze auf ihre Sinnhaftigkeit, Säubern des Paragraphenschungels, Abbau unnötiger Bürokratie...), **Steuern anpassen** (Vorsteuerabzug für alle betrieblich genutzten PKWs, Anpassen der Abschreibungsdauer an die reale Nutzung, Senkung der Lohnnebenkosten...), **Soziales für Unternehmer** (Arbeitslosenversicherung für Selbständige, Arbeitslosengeld auch für Unternehmer, Unterstützung im Krankheitsfall für Unternehmer).



Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW) - Tirol, Große Neugasse 28/1, 1040 Wien
Tel.: 01/4082520, Fax 01/4082520-20; office@rfw.at

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RFW), Landesorganisation Oberösterreich, ZVR-Nr.: 284146541, 4020 Linz, Pochestraße 3, zugl. Anschrift Redaktion, Verwaltung, Anzeigen. Redaktion Tirol: Komm.Rat Winfried Vescoli. Druck: Wiesinger, Wels.

Ich möchte dem RFW beitreten

Schicken Sie mir Informationen

Name.....

Adresse.....

Telefon.....

**Ring Freiheitlicher
Wirtschaftstreiber**
Große Neugasse 28/1
1040 Wien

